

Kommentar zur Konjunktur: Österreich schleppt sich aus der Stagnation – die Strukturprobleme bleiben

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Herbstprognose 2025 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Dienstag, den 7. Oktober 2025 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2025 und 2026 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Die Rezession der vergangenen beiden Jahre ist vorbei. Nächstes Jahr kommt auch die Stagnation zu einem Ende. Aber ein echter Aufschwung ist nicht in Sicht. Die 2020er-Jahre drohen ein verlorenes Jahrzehnt zu werden.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Österreichs dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 um 0,3% höher liegen als 2024. Nach der Stagnation kommt 2026 dann leichtes Wachstum, das bei 1,1% liegen sollte. Damit haben wir unsere Prognose für 2025 um drei Zehntelprozent nach oben und für 2026 um ein Zehntel nach unten revidiert. Die Unsicherheit bleibt aber hoch – das zeigen die nun zum ersten Mal in unserem Bericht ausgewiesenen Prognoseintervalle.

Nach Datenrevisionen durch Statistik Austria ist Österreichs Volkswirtschaft in den Rezessionsjahren 2023 und 2024 nicht um insgesamt 2%, sondern um 1,5% geschrumpft. Wir stehen also leicht besser da als im Sommer gedacht. Dennoch ist der Realwert des BIP pro Kopf im Jahresdurchschnitt 2025 um mehr als 3% kleiner als im Jahr 2019, bevor die Krisen begannen. Er wird in den nächsten Jahren wachsen, aber gemäß unserer Mittelfristprojektion erst 2030 wieder den Wert von 2019 erreichen. Wir stehen also in der Mitte eines verlorenen Jahrzehnts, einer "Lost decade".

Im nächsten Jahr sollten der Konsum und die sich belebende Investitionstätigkeit das Wachstum nachfrageseitig anschieben, während der staatliche Konsum und der Außenhandel dämpfen. Entstehungsseitig sehen wir ein Ende der Industrierezession. Gegenüber 2022 hat die Industrie 2025 knapp 10% der realen Wertschöpfung eingebüßt. Im nächsten Jahr dürfte sie um 1,2% zulegen. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt aber angespannt; die lange und tiefe Industrierezession wirkt nach. Der Anteil der Industrie ist von 17,1% im Jahr 2019 auf 15,1% im Durchschnitt der letzten vier Quartale gefallen; entsprechend gehen wertvolle Industriearbeitsplätze verloren.

Die Inflation ist 2025 mit 3,5% deutlich höher, als wir im Juni prognostiziert haben. Schuld dafür ist eine höhere Teuerungsrate in allen Teilbereichen des VPI. Im nächsten Jahr geht die Inflation im Jahresmittel auf 2,4% zurück; sie bleibt aber über dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

Die Armutsgefährdungsquote verbessert sich 2026 leicht und liegt niedriger als in den fünf Jahren davor. Auch die Einkommensungleichheit erweist sich als relativ stabil. Die Treibhausgasemissionen dürften heuer kaum gesunken sein; im nächsten Jahr sollten sie um 1,8% fallen – viel zu wenig, um die Klimaziele auch nur annähernd zu erreichen.

Auch die budgetäre Situation bleibt angespannt. Wir sehen 2025 ein gesamtstaatliches Defizit von 4,1% des BIP und 2026 von 3,9%, noch weit entfernt von den Maastricht-Vorgaben. Der Schuldenstand wird 2026 bei knapp 83% des BIP liegen. Damit ist das Land nicht gut für eine neue Krise gewappnet.

Zum ersten Mal präsentieren wir Ihnen heute gemeinsam mit der kurzfristigen Prognose auch unsere Projektion bis in das Jahr 2030. Das Bild, das unsere Modellsimulationen und Zeitreihenschätzungen zeichnen, ist düster. Niedrige Investitionen, schwaches Wachstum der Beschäftigung und geringe Dynamik bei der Produktivität ergeben eine langfristige Wachstumsrate des sogenannten Trendoutputs von gerade einmal 0,7% bis 0,8% pro Jahr. Und bis 2030 bleibt das Budgetdefizit deutlich über der Maastricht-Grenze von 3%.

Es ist also Zeit für eine breite Reformpartnerschaft im Land. Damit die Inflation nachhaltig unter 2% fällt, dürfen die Preise nicht stärker steigen als eben diese 2%. Damit dies gelingt, braucht es einen konzertierten Ansatz, bei dem sich alle relevanten Gruppen – Unternehmen, Gewerkschaften, Staat – auf dieses gemeinsame Ziel verständigen. Wenn es in den nächsten zwei Jahren gelingt, die Inflation auf **unter 2%** zu drücken, dann wird die in Österreich so weit verbreitete Indexierungspraxis diesen Erfolg in die Zukunft schreiben. Wir brauchen jetzt dafür aber einen Anstoß. Der Kollektivvertragsabschluss der Metaller zeigt, dass es möglich ist, das Land und den Wirtschaftsstandort nach vorne zu stellen.

Eine Reformpartnerschaft bedeutet, dass man Projekte angeht, bei denen viele Gewinner entstehen, z. B. indem ungerechter Missbrauch eingedämmt wird. Das WIFO hat ein Modell für eine Reform der Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet, bei der ein sogenanntes Ein-Monats-Experience-Rating dafür sorgt, dass das vorübergehende Parken von Beschäftigten in der Arbeitslosigkeit sinkt, und weniger freiwillige Jobwechsler zwischen dem alten Arbeitsplatz und dem neuen, besseren Job, eine freiwillige Pause in der Arbeitslosigkeit einlegen. So könnte man die Arbeitgeberbeiträge in die Arbeitslosenversicherung netto senken und Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik freispielen.

Oder die aus verfassungsrechtlichen Gründen ohnehin nötige Reform der Grundsteuer. Wenn man etwa die Einführung einer Bodenwertsteuer nach Vorbild von Baden-Württemberg verbindet mit einer – möglicherweise etwas später einsetzenden – Reduktion der Grunderwerbssteuer, kann man gleichzeitig die Gemeindefinanzen stärken und die Bautätigkeit ankurbeln. Damit sollte man nicht auf den nächsten Finanzausgleich warten, sondern sofort starten.

Und ein letzter Vorschlag. Österreich hat unter den EU-Ländern einen sehr hohen Mehrwertsteuersatz auf ermäßigte Produkte, z. B. Lebensmittel. Ein wichtiger Grund für höhere Lebensmittelpreise hierzulande. Eine dauerhafte, durch eine entsprechende Anhebung des Normal-

satzes gegenfinanzierte, Absenkung ist das einzige realistische, verlässlich und rasch wirkende Mittel, um den täglichen Einkauf für Millionen Österreicher:innen wieder erschwinglicher zu machen, auch wenn er konstruktionsgemäß die Gesamtinflation nur geringfügig dämpft.

Nun zu **Josef Baumgartner**, der die Mittelfristprojektion vorstellt.

Wie Prof. Felbermayr bereits angesprochen hat erholt sich die österreichische Wirtschaft nur langsam von der Rezession der beiden Vorjahre.

Für die kommenden 5 Jahre erwarten wir ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1,1%. Das ist um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt schwächer als wir für den Euro-Raum erwarten.

Das durchschnittliche Trendwachstum wird auf ein $\frac{3}{4}$ % geschätzt und ist im Vergleich mit dem Zeitraum 2010/2019 um knapp $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt niedriger.

Der Anstieg der Energiepreise und der Lohnstückkosten war in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern merklich höher und hat eine dauerhafte Wirkung. Dadurch hat insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile.

Weitere strukturelle Probleme bestehen bei der Integration von Migrant:innen ins Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt und in der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen.

Daneben wird die Konkurrenz für europäische Industrieunternehmen aus Asien weiter zunehmen und der Zugang zum amerikanischen Markt bleibt schwierig.

Der demografische Wandel bringt auf dem Arbeitsmarkt einen Mismatch mit sich, der die Arbeitskräfteknappheit verstärkt.

Alle aufgezählten Punkte trüben in der mittleren Frist die Wachstumsaussichten.

Es gibt aber auch ein paar Lichtblicke:

Die Arbeitslosenquote wird von 7,5% (2025) bis 2030 auf 5,9% zurückgehen. Dieser Rückgang impliziert jedoch, dass das bestehende Potenzial an Personen in Arbeitslosigkeit auch aktiviert werden kann. D. h. entsprechende Maßnahmen des AMS auch finanziert werden.

Der Preisauftrieb verlangsamt sich 2026 auf 2,4% und ab Mitte 2027 erreicht die Inflationsrate das 2%-Ziel der EZB und dürfte dort auch in den Folgejahren verbleiben.

Das Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte in Relation zum nominellen BIP liegt im gesamten Prognosezeitraum mit durchschnittlich 3,8% deutlich über dem 3%-Ziel.

Diese Einschätzung ergibt sich aus der No-Policy-Change-Annahme und bedeutet, dass zur Erreichung des 3%-Ziels (oder darunter) ab 2027 weitere Konsolidierungsschritte, die zumindest $\frac{3}{4}$ % des BIP ausmachen, erforderlich werden.

Wien, am 7. Oktober 2025

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.